



Bezirkssparer



Seite 3

Parteitag



Seite 6

Milchhaus



Seite 12

Aus der BVV

Eine ganz normale Tagung



Die 16. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) begann wie die meisten vorherigen Tagungen pünktlich um 17.30 Uhr.

Genau betrachtet begann zu diesem Zeitpunkt die Bürgerfragestunde. Sie ist nicht teil der Tagung der BVV, wird aber in unserem Bezirk regelmäßig vor den Tagungen

der BVV abgehalten. Im Durchschnitt richten zwei bis drei Bürgerinnen und/oder Bürger Fragen an das Bezirksamt oder an die BVV. Die Bezirksverordneten (BV) haben dann die Möglichkeit direkt in der folgenden Tagung, in den Fraktionen oder bei Diskussionen in den Fachausschüssen sich des angesprochenen Themas anzunehmen.

Die reguläre Sitzung der BVV umfasste diesmal 65 Tagesordnungspunkte. In den mündlichen Anfrage befragte zunächst der BV Peter Treichel (SPD) das Bezirksamt zum Problem der Bearbeitung bei Fällen von Kindesmisshandlungen. Aus der Antwort der zuständigen Stadträtin Christine Keil (PDS) ging hervor, dass eine genaue Zahl von Kindesmisshandlungen zur Zeit noch nicht angegeben werden kann.

Man überschaut gegenwärtig 81 Fälle. Alle Fälle werden in der Regel im Sinne eines Fallmanagements und meist von mehreren Abteilungen gemeinsam bearbeitet.

Im folgenden berichtete aus der Arbeit des Bezirksamtes der Bezirksbürgermeister Burkhard Klei- nert (PDS) u.a.

- von der symbolischen Benennung der Heinz-Brandt-Straße am 17. Juni am ABB Gelände in Wilhelmsruh,
- von dem Ersatz des bei einem Unfall zerstörten Spielgerätes auf dem Schulhof der Elizabeth-Shaw-Grundschule im Ortsteil Pankow,
- über die erste Veranstaltung zur Rolle der Bezirke in der Berliner Verwaltung, die in Friedrichshain stattfand (die nächste wird im Rathaus Pankow stattfinden),
- dass mit Unterstützung des Bezirksamtes Ende Juni in Buch eine neue Kaufhalle eröffnet werden konnte,
- dass der Rat der Bürgermeister einstimmig der Fortführung des Sonderprogramms zur Unterstützung von Projektarbeiten im Jugend- und Sozialbereich zustimmte u.v.m.

Dann wurden nur noch acht weitere Tagesordnungspunkte abgear-

beitet. Dies lag unter anderem auch daran, dass eine Sitzung des Ältestenrates, von der SPD-Fraktion beantragt, in einer Auszeit durchgeführt wurde. Anlass für diese Sitzung war eine Äußerung des Fraktionsvorsitzenden der CDU im Verlauf der Debatte zu einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion „Verwüstung des Mauerparks“. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Stenger erklärte im Anschluss an die Ältestenratssitzung vor der BVV, dass er sich mit seinen Äußerungen ausdrücklich nicht gegen die türkischen Familien gerichtet habe. Im Gegenteil, er habe sich für diese Familien einsetzen und ihre Diskriminierung verhindern wollen. Neben dieser Unterbrechung wurde gegen 21.30 Uhr die Tagung der BVV zu einer nicht öffentlichen Tagung, um ein Verfahren gemäß Beschluss der BVV zur Überprüfung der Bezirksverordneten auf hauptamtliche/inoffizielle Tätigkeit für das MfS/AfNS durchzuführen. Danach wurde die 16. Tagung wegen Zeitablaufs geschlossen. Die restlichen 12 Tagesordnungspunkte werden nach den BVV-Ferien zur Fortsetzungstagung am 3. September 2003 behandelt.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

BVV-Debatte zum Mauerpark

Auszüge aus dem Wortprotokoll der BVV

Herr Hennig (CDU): Wer es noch nicht weiß und sich versorgen will, der muss an der Eberswalder Straße die Zick-Zack-Treppe hoch. Dort sieht er schon 10 bis 15 Schwarzafrikaner, die einen ansprechen, ob man „grünes Zeug“ will.

Frau Pohl (PDS): Ich mache mir Sorgen um Sie (Herr Hennig d.R.) und wie man die Vorurteile aus Ihrem Kopf kriegt. Ich biete Ihnen an, wir gehen zusammen zum Mauerpark, dann zeige ich Ihnen

ein paar weiße deutsche Drogen-dealer...

Herr Stenger (CDU): ... ich finde es grauenhaft, wie bestimmte Gruppen von Mitbewohnern unseres Landes – wie man in der Presse liebt: Ganze Hammelköpfe bleiben liegen ... große türkische Familien und was weiß ich alles, verwüsten unsere Parks.

Herr van der Meer (PDS): Ich bin empört, dass selbstverständlich in dem Sprachbild und dem Denk-

vokabular von Herrn Hennig Drogendealer schwarze Hautfarbe haben.

Ich fand das Beispiel äußerst unangemessen zu suggerieren, dass türkische Mitbürger dieser Stadt alle Parks vermüllen.

Herr Treichel (SPD): Die SPD-Fraktion ist nachhaltig empört, dass der Versuch unternommen wird, die Verdreckung, die Vermüllung ... bestimmten Bevölkerungsgruppen allein zuzuschreiben.

Beim Bürgermeister

Über die Not des Sparens

Spricht man in diesen Tagen mit den Mitarbeitern der Bezirksverwaltung, so gibt es vor allem ein Thema: Die Einsparungen beim Personal. Grund genug mit dem Bezirksbürgermeister Burghard Kleinert (PDS), u.a. verantwortlich für den Haushalt, über dieses Thema zu reden.



Auf seine Initiative hat sich das Bezirksamtskollegium im März zu einer Klausur getroffen, um über die prekäre Haushaltslage Pankows zu diskutieren. Bei drastischer Reduzierung der finanziellen Zumesungen durch den Senat und durch Mehrausgaben bei den gesetzlichen Pflichtaufgaben drohte eine Überziehung des Jahreshaushaltes von 27 Mio. Euro. Energisches Handeln war also gefragt. Entsprechende Einsparungen waren nur im Personalbereich möglich, da die anderen Ausgabenfelder seit Jahren chronisch unterfinanziert sind.

Das Bezirksamt verständigte sich darauf, bis 2006 ca. 500 Personalstellen einzusparen. In einem ersten Schritt wurden für die Jahre 2003 und 2004 bei 300 Stellen dieses konkret untersetzt. Kleinert gibt zu, dass das harte aber unumgängliche Einschnitte sind. Es gäbe zwar

keine betriebsbedingten Kündigungen, die betroffenen Beschäftigten erhalten weiterhin Lohn und Gehalt, aber die Aufgaben entfallen zukünftig, die nicht besetzten Stellen werden bei Freiwerden gestrichen und die Mitarbeiter müssten mit Versetzungen rechnen. Außerdem hat Pankow etwa 750 Personalstellen mehr als der Durchschnitt der anderen Bezirke.

Das Bezirksamt stand vor der schwierigen Frage, wo diese 300 Stellen wegfallen sollen, denn jede Einsparung bedeutet auch eine Reduzierung von Arbeitsleistungen. Man verständigte sich darauf, dass besonders starke Einschnitte bei dem internen Verwaltungsapparat vorgenommen werden und die Bereiche, die direkte Leistungen für die Bürger erbringen wie z.B. Soziales, Gesundheit, Jugend, Schule und die Bürgerämter weniger belastet werden. Kleinert steht zu dieser Entscheidung, weil ein Stellenabbau nach dem Rasenmäherprinzip vor allem die sozial Schwachen, Jugendliche, Familien, ältere und ratsuchende Bürger betroffen hätte. Dagegen rechtfertigt er den überproportional hohen Anteil in seinem eigenen Verwaltungsbereich, bei den intern arbeitenden Serviceeinheiten und im Bereich Stadtentwicklung.

Auf meine Frage, ob es damit auch zu strukturellen Veränderungen kommt, verweist der Bürgermeister auf den Abbau bei Reinigungskräften und Pförtnern. Diese Tätigkeiten werden zukünftig von externen Firmen ausgeführt.

Weiterhin ist es durch den kürzlich beschlossenen Kultur- und Bildungsentwicklungsplan, der einige Kultureinrichtungen zur Schließung vorsieht, erstmals möglich, Personalstellen auf der Grundlage inhaltlicher Planungen zu streichen.

Sparen ja, aber mit Augenmaß, sagt Kleinert, wengleich bei ihm darüber keine Freude aufkommen will. Es ist ihm bewusst, dass es



auch bei wichtigen Arbeitsbereichen wie den Sanierungsverwaltungsstellen, den Bibliotheken oder den Grünflächenarbeitern kräftige Einsparungen geben wird. So sinkt zukünftig die Qualität in den Bibliotheken, an der Musikschule, so bleiben Anliegen von Sanierungsbetroffenen möglicherweise lange Zeit liegen und ebenso der Müll in den Grünflächen.

Trotz dieser Probleme spürt Kleinert, dass das Personal diese Beschlüsse im wesentlichen akzeptiert, weil damit langfristig gesehen der Bezirkshaushalt vom Kopf auf die Füße gestellt wird und mögliche Haushaltsrisiken vermieden werden. Auch der Personalrat stimmt dem im Prinzip zu, sieht aber die Gefahr der Arbeitsüberlastung der verbliebenen Mitarbeiter.

Kleinerts Mine verfinstert sich, wenn es um das Verhältnis zum Senat geht. Er befürchtet, dass durch die Novellierung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes Aufgaben aus den Bezirken in die Senatsverwaltungen übergehen sollen und dadurch Schritt für Schritt die Bezirksverwaltungen überflüssig werden. Das wäre eine groß angelegte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Hauptverwaltung. Zwar dementieren der Senat und auch die PDS-Senatoren, aber Kleinert bleibt skeptisch. Die Bezirksbürgermeister haben sich deswegen parteiübergreifend zu einem Forum zusammen geschlossen, um diesem latenten Streben Widerstand entgegenzusetzen. Ansonsten wären alle seriösen Sparbemühungen der Bezirke eine doppelte Bestrafung und die bürgernahen demokratischen Berliner Verwaltungsstrukturen ernsthaft in Gefahr.

Andreas Bossmann

Personalrätin im Gespräch mit extraDrei

In dreißig Jahren ist alles vorbei



Carola Knappe, stellvertretende Personalratsvorsitzende, sieht in den Bezirksamtsbeschlüssen zu den Personaleinsparungen das Prinzip des Rasenmähers zementiert. Sie

stimmter Aufgabenbereiche, bei denen keine gesetzliche Pflicht besteht, ist nicht voran gekommen. Statt dessen wurde wie so oft in den unteren Gehaltsgruppen besonders stark gekürzt.

70 Stellen fallen bei den Reinigern und Pförtnern weg, aber bei den höher gruppierten Stellen sind es nur sechs. Hier sei nicht politisch, sondern rein nach häuslicher Gesichtspunkten entschieden worden.

Carola Knappe tritt dafür ein, dass insbesondere in den Leistungsbe- reichen Jugend und Soziales das Personal aufgestockt werden müsste, weil hier täglich hunderte von Einzelfällen bearbeitet werden und die Mitarbeiter schon jetzt an ihrer Leistungsgrenze arbeiten. Eine weitere Zunahme der Arbeitsbelastung durch Stellenkürzungen sei deshalb nicht zumutbar.

Hingegen könnte in allen Bereichen, die keine gesetzlichen Pflichtaufgaben ausführen, überproportional eingespart werden. Sie kann nicht verstehen, warum das Bezirksamt eine aufgabenkritische Diskussion nicht geführt hat und damit eine Chance zur Umstrukturierung der Verwaltung verpasst wurde.

Sie erkennt aber an, dass zumindest mit dem Kultur- und Bildungsentwicklungsplan ein Schritt in diese Richtung gegangen wurde.

Obwohl kein Mitarbeiter betriebsbedingt gekündigt werden kann und weiterhin sein gewohntes Gehalt bezieht, stellt Carola Knappe nicht

selten Resignation und Mutlosigkeit bei den Mitarbeitern fest.

Hinzu kommt, dass der öffentliche Dienst in den Medien ziemlich schlecht wegkommt und als Steuergeld verschwendender Moloch kritisiert wird. Der öffentliche Dienst sei zu wenig offensiv und halte sich bei der Verteidigung eigener Interessen auffallend zurück. Bloß nicht den eigenen Arbeitsplatz verlieren, bloß nicht auffallen, scheint das Motto zu sein.

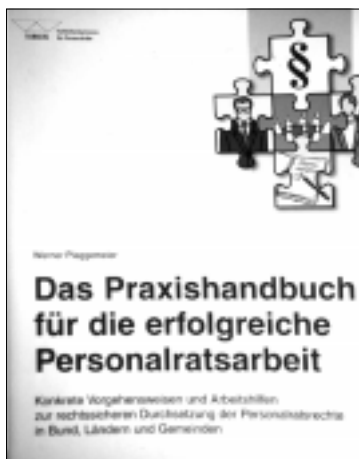
Den Tarifabschluss zwischen Gewerkschaften und Senat sieht die stellvertretende Personalratsvorsitzende eher negativ, weil in den unteren Gehaltsgruppen acht, in den mittleren zehn und in den höheren zwölf Prozent weniger Geld gezahlt wird.

Wie soll dann die mehr gewährte Freizeit mit weniger Gehalt sinnvoll gestaltet werden? Außerdem schwindet durch die Einbußen die Kaufkraft der Bevölkerung.

Glücklicher ist Carola Knappe jedoch mit der Ausbildungssituation im Bezirksamt. 120 Auszubildende gibt es zur Zeit in allen Bereichen. Sie lobt das Bemühen des Bezirksbürgermeisters, diese jungen Leute in den öffentlichen Dienst zu übernehmen, wenn da nicht der allzu forsche Sparsenator Sarrazin wäre.

Sie sagt mit einem etwas bitteren Lächeln: „In dreißig Jahren hat sich das Personalproblem Pankows erledigt. Dann gibt es nur noch 114 Mitarbeiter. Der Rest ist in Rente.“

Andreas Bossmann



bemängelt, dass das Bezirksamt keine strukturellen Veränderungen durchgesetzt hat. So sei es beispielsweise nicht zu einer Abflachung der Leitungshierarchie gekommen, die Verwaltungsreform sei völlig in Vergessenheit geraten und auch die Diskussion um den Wegfall be-

Bezirk bildet aus

Trotz der angespannten Haushaltssituation hat das Bezirksamt im Juli mit 43 Jugendlichen Ausbildungsverträge abgeschlossen. 29 Schulabgänger beginnen im September ihre Lehre im Garten- und Landschaftsbau, als Kaufmann/-frau für Bürokommunikation, Fachkraft für Informationsdienste, Verwaltungs-

fachgestellte oder Kfz-Mechaniker. 14 weitere Auszubildende absolvieren eine Verbundausbildung im Gastgewerbe oder als Fachinformatiker/-in in Kooperation mit der NILES Aus- und Weiterbildungs gGmbH in Weißensee und der Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH in Prenzlauer Berg.

Hierzu erklärt Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS): „Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen. Eine Übernahme unserer Auszubildenden in den öffentlichen Dienst ist leider nicht möglich. Dennoch konnten wir bislang bei einem guten Abschluss wenigstens einen befristeten Arbeitsplatz anbieten.“

Sozialpartnerschaft unter Notstandsbedingungen

Tarifergebnis in Berlin

Berlin hat ein Tarifergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Berliner Senat waren mühselig und konfliktreich. Denn der ursprüngliche Austritt Berlins aus den Arbeitgeberverbänden wurde von den Gewerkschaften als Angriff auf den Flächentarifvertrag empfunden. Uns blieb jedoch keine Wahl, nachdem sowohl Bundesinnenminister Schily als auch ver.di-Chef Bsirske eine Härtefallklausel für das Haushaltsnotlageland Berlin abgelehnt hatten.

Das alte Finanzierungsmodell des öffentlichen Dienstes von Berlin war an seine objektiven Grenzen gestoßen. In den neunziger Jahren wurden die Gehalts- und Pensionserhöhungen und die Angleichung der Gehälter der Ost-Beschäftigten faktisch aus dem Stellenabbau bezahlt. Auf dieses Problem reagiert das aktuelle Berliner Tarifvertragsmodell, dessen Ansatz lautet: Lasst uns Gehaltserhöhungen gegen Neu-

einstellungen, Beschäftigungssicherung und Freizeit tauschen.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen kann sich sehen lassen. Erstens: Berlin dockt wieder an das Tarifsystem an. Zweitens: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2009. Dies war eine Forderung der PDS. Drittens: Arbeitszeitverkürzung bis 37 Wochenstunden, für Kita-Personal bis 38 Wochenstunden. Eine Ausnahme bilden die Lehrer, über deren Arbeitszeit noch nachverhandelt wird. Viertens: Neueinstellungen von 380 Kita-ErzieherInnen und 40 Polizeiangestellten. Dafür werden die Gehälter im Öffentlichen Dienst sozial gestaffelt gekürzt. Klar ist: Die Gehaltseinbußen tun jedem Einzelnen weh. Gehaltserhöhungen wären jedoch in dieser Haushaltsnotlage jedoch unweigerlich mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen bezahlt worden.

Ein Kündigungsschutzvertrag mit einer so langen Laufzeit ist wohl einmalig in Deutschland. Der Tarif-

vertrag gilt für die Angestellten und Arbeiter. Für die Beamten, deren Einkommen und Arbeitszeit per Gesetz geregelt sind und die ca. die Hälfte des Personalbestandes ausmachen, sollte das Modell „Einkommen gegen Freizeit“ übertragen werden. Ein Streitpunkt dabei ist die Lehrerarbeitszeit. Eine ursprünglich versprochene Rücknahme der erhöhten Lehrerarbeitszeit steht für den Senat derzeit nicht zur Debatte. Dagegen protestiert die GEW. Was passiert? Der Bundestag hat im Besoldungsrecht Öffnungsklauseln für das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld beschlossen. Die Besoldungshöhe hat er jedoch nicht angetastet. Damit verringert sich der Spielraum für Sparbeiträge und die Verteilung von Freizeit in Berlin. Deshalb kann der Tarifabschluss nicht eins zu eins auf die verbeamteten Lehrer übertragen werden. Aber auch die Lehrer haben eine faire Kompensation für Einkommenseinbußen verdient.

Marian Krüger

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Konsolidierung und soziale Gerechtigkeit

In der PDS gibt es ein Vorurteil: Sparpolitik ist neoliberal. Aber nicht alles, was im linken Diskurs als neoliberal gegeißelt wird, verdient dieses Etikett. Der Neoliberalismus setzt auf die Abschaffung des Sozialstaates und die Reduktion des Staates auf polizeiliche Aufgaben.

Die Konsolidierungspolitik der Berliner PDS verfolgt das gegenteilige Ziel. Es geht um die sozial gerechte Sanierung Berlins. Der größte Teil der sozialen und kulturellen Infrastruktur Berlins ist auf Pump finanziert. Ein Erbe der Großen Koalitionen. Circa 27 Prozent der Steuereinnahmen Berlins werden derzeit für Zinsen direkt an die Banken weitergeleitet. Der Schuldenberg ist größer als zwei komplette Jahresetats. Gleichzeitig gibt Berlin 50 Prozent mehr als der Durchschnitt aller Bundesländer

aus. Wir haben eben mehr soziale und kulturelle Einrichtungen, höhere Sozialhilfe-Ausgaben und einen größeren öffentlichen Dienst als andere Bundesländer.

Berlin will vor dem Bundesverfassungsgericht eine Entschuldung erstreiten. Um damit aber in Karlsruhe Erfolg zu haben, müssen die laufenden Einnahmen und Ausgaben Berlins im Verhältnis zu den Einnahmen und Ausgaben anderer Bundesländer stehen. Denn eine Entschuldung ist aussichtslos und auch ganz und gar nicht sozial gerecht, wenn eine Gemeinde in Brandenburg ihre einzige Jugendeinrichtung schließen müsste, damit in Berlin alles so bleibt, wie es jetzt ist.

Nicht nur Berlin, die gesamte bundesdeutsche Gesellschaft steht an einem Scheideweg. Die sozialen Sicherungssysteme sind in einer tie-

fen Krise. Die Arbeitsgesellschaft ist revolutioniert. Die Antwort des Neoliberalismus lautet Abriss. Die Antwort der Linken sollte Umbau des Sozialstaates heißen. Umbau heißt aber auch, dass es problematische und schmerzhafteste Phasen im Umbauprozess gibt. In Berlin bedeutet das, dass manche Entscheidung, die heute als Zumutung für Betroffene erscheint, erst in der Zukunft als Akt der sozialen Gerechtigkeit spürbar werden kann. Eine reine Verteidigung des Status quo würde in der Niederlage der Linken enden. Denn wer will, dass alles so bleibt, läuft Gefahr, bald alles zu verlieren. Deshalb: Die sozialen Errungenschaften der Stadt auf eine neue und solide Grundlage zu stellen, ist die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit in der Zukunft.

Udo Wolf

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Elke Breitenbach, Mitglied des des Abgeordnetenhauses und des Parteivorstandes der PDS

Die Neue im Parteivorstand



Elke Breitenbach, geb. 1961 in Hessen, Diplompolitologin, arbeitete als Gewerkschaftssekretärin für Jugend, Frauen und berufliche Bildung bei der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (hbv). Ab 1999 arbeitete sie in der PDS-Bundestagsfraktion als Referentin für Soziale Sicherungssysteme. Anfang 2002 wechselte sie als persönliche Referentin von Heidi Knake-Werner in die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz. Im Februar 2003 rückte sie ins Abgeordnetenhaus nach. Elke Breitenbach war bis 1990 Mitglied der Alternativen Liste Berlin. 1998 war sie Sprecherin der Erfurter Erklärung in Berlin.

extraDrei: Elke, wann bist du in die PDS eingetreten?

Elke: Das muss Anfang 2000 gewesen sein – also erst sehr spät. Ich fand lange Zeit in der PDS keine Struktur in der ich mich engagieren konnte. Kommunalpolitik schloss ich für mich aus und auf die inhaltlichen Arbeitsbereiche, z.B. die AG Rechts-Extremismus, bin ich erst spät gestossen. Eine Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften ist allerdings auch schwierig, denn viele treffen sich wochentags z.B. am Vormittag.

Werden diese Defizite im Zuge der Parteireform bearbeitet?

Ja, wir werden die dazu vorliegenden Thesen diskutieren. Vom 5. bis 7. September gibt es dazu eine Konferenz.

Elke, du bist Anfang 2003 ins Berliner Abgeordnetenhaus nachgerückt. Nun bist du auch im Parteivorstand. Auf dem Geraer Parteitag war die PDS Berlin stigmatisiert? Ist dies jetzt vorbei?

Nach dem Außerordentlichen Parteitag, als auch nach der Klausurtagung des Parteivorstandes würde ich sa-

gen, dass es keine Stigmatisierung von Berlin gibt. Es ist aber auch so, dass die PDS Berlin wegen ihrer Politik nicht von allen Seiten geliebt und bejubelt wird. Ich glaube, dass es nach dem Parteitag nunmehr möglich ist, Berliner Politik zu kommunizieren und sich damit auseinander zu setzen. Das wird sicherlich auch kritisch sein. Diese Debatte zu organisieren, wird meine Hauptaufgabe im Parteivorstand sein.

Inwiefern ist die Auseinandersetzung um die Wirksamkeit von PDS-Politik in Regierungsverantwortung wichtig für die Weiterentwicklung der PDS?

Zum einen ist es ja nicht ausgeschlossen, dass die PDS in anderen Bundesländern in Regierungsverantwortung kommt. Hier muss man aus den Erfahrungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern lernen, die wir im Guten wie im Schlechten machen mussten. Zum anderen gibt es meines Erachtens einen Dissens in der PDS: Es ist ungeklärt, ob die PDS eine Partei der guten Forderungen und der weißen Weste bleiben will. Oder ob sie eine Partei werden will, die realitäts-taugliche Konzepte entwickelt und damit auch der gesellschaftlichen Situation Rechnung trägt. Letzteres würde Regieren und Opponieren in einer Partei vereinbar machen und Politikfähigkeit befördern.

Nach der Bundestagswahl wurde über das Scheitern der PDS debattiert. Teilst du das?

Das finde ich nicht. Ich meine, dass die PDS ausgesprochen viele Konzepte hat. Ich würde allerdings in Frage stellen, dass diese Konzepte sich von heute auf morgen umsetzen lassen. Wir haben weder einzelnen Umsetzungsschritte geplant noch ein konkretes Finanzierungskonzept erarbeitet. Vor allem ist uns aber nicht gelungen, diese entwicklungs-fähigen Konzepte in die Gesellschaft als machbare Schritte für eine sozial gerechtere Republik zu kommunizieren. Wir haben diese Konzepte nicht zusammengefügt,

so dass eine gesellschaftliche Vision entsteht.

Ist der Parteivorstand in der Lage, dieses konzeptionelle Defizit anzupacken?

Der Parteivorstand und die Bundesgeschäftsstelle haben nur eine begrenzte Kapazität. Wir müssen die Kompetenzen, die es in der PDS gibt, stärker zusammenführen. Da müssen in Zukunft die Landtagsfraktionen und unsere Ministerien eine grössere Rolle spielen. Wir brauchen auch eine Debatte mit ExpertInnen von außen. Das ist etwas, was man immer tun wollte, aber nie stattgefunden hat. Dies ist gerade in bezug auf den PDS-Programm-entwurf eine vertane Chance.

Der PDS hat dem Sozialabbau der Agenda 2010 der Bundesregierung eine Agenda Sozial entgegengestellt. Hat die PDS Gestaltungsmöglichkeiten, in dieser Debatte eigene, soziale Akzente zu setzen?

Die rot-roten Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern müssen sich verständigen, ob sie Anträge in den Bundesrat einbringen, um deutlich zu machen, dass bspw. die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau falsch ist. Leider stehen wir damit augenblicklich ziemlich alleine da. Ob sich ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Sozialabbau zusammenfinden wird, werden wir sehen. Dies hängt auch von den Gewerkschaften ab. Wenn die „Agenda 2010“ beschlossen wird, dann müssen wir auch in Berlin die Bundesgesetze umsetzen. Eine Verschlechterung der Situation für die Betroffenen werden wir in Berlin nicht verhindern können.

Was ist für dich denn sozial gerecht an der Politik der rot-roten Koalition in Berlin? Vielfach wird diese ja als Sparkoalition wahrgenommen.

Was stimmt. Aber davon auszugehen, dass man in Regierungsverantwortung kommt, viel Geld hat und kann schöne Sachen machen kann, dürfte Wunsch bleiben. Diese Koalition hat als erste Regierung

einen Konsolidierungskurs verabredet, den sie auch fährt. Deshalb halte ich es für sinnvoll, sich jetzt im Rahmen dieses Konsolidierungskurses zu überlegen, wie wir die soziale Infrastruktur aufrecht erhalten und umstrukturieren können. Nicht jede Veränderung und auch nicht jede Einsparung ist gleich unsozial.

Noch mal zurück zum Sonderparteitag: Dort wurde vielfach betont, dass die PDS ein Zentrum brauche und die Flügel auch daran Schuld seien, dass die PDS so zerrissen ist. Nun bist du ja Mitglied der Reformlinken, einer reformorientierten Strömung in der PDS.

Wie geht das zusammen?

Ich teile die Position nicht. Die Einbeziehung der Flügel ist notwendig, um ein Zentrum in der PDS zu schaffen und um Differenzen transparenter zu machen. Das bedeutet allerdings, dass die Flügel sich über politische Sachfragen auseinandersetzen und ihre Differenzen auf dieser Ebene klären. Dies kann einen produktiven Prozess in Gang setzen. Die Klärung unserer Differenzen ist notwendig, sonst sind wir weiterhin handlungsunfähig.

Noch eine Abschlussfrage: Was möchtest du in deinen anderthalb Jahren Parteivorstandsmitgliedschaft geschafft haben?

Ich würde mir wünschen, dass die Debatte in der PDS über die grundsätzlichen politischen Differenzen beginnt und ausgestritten wird. Für mich ist und bleibt die Hauptfrage, welche Politik wir machen wollen: Reichen uns schöne Forderungen oder wollen wir diese in der realen Welt auch umsetzen? Dann hoffe ich, dass wir eine Politik entwickeln die sich nicht nur in langen Papieren erschöpft, sondern unsere Positionen und Konzepte nach außen kommuniziert und diese auch schrittweise umsetzt. Dazu möchte ich mit meiner Arbeit beitragen.

Na dann, viel Erfolg

Interview: Sandra Brunner

Unter dem Scheffel brennt noch Licht

Obwohl die außerordentliche Tagung des 8. Parteitag, bedenkt man die Situation, in der sich die PDS nicht erst nach der Bundestagswahl im September 2002 befindet, als Erfolg zu werten ist, bleibt eine gewisse Unsicherheit, ja Unzufriedenheit zurück. Ich setze einmal voraus, dass der neugewählte Parteivorstand wirklich seine Arbeitsfähigkeit beweisen wird. Die PDS sieht sich aber mit Herausforderungen konfrontiert, die mit dem Wort „Neustart“ gut umrissen sind und nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Partei bewältigt werden können. Es geht nicht darum, dem Wähler zu erklären, dass die PDS die einzig wählbare Alternative inmitten einer großen Koalition des Sozialabbaus ist, sondern dass die PDS eine politische Kraft ist, die mit arbeitsfähigen Konzepten zur gerechten Umgestaltung der Gesellschaft aufwarten kann. Es reicht nicht aus, die Stimme des Protests zu sein, um aus der Defensive zu kommen. Der politische Ort „links von der SPD“ wird von der PDS derzeit nur unzureichend ausgefüllt. Das ist eine Aufgabe, die nur in produktivem Streit um programmatische Positionen zu lösen ist. Nur wenn wir uns unvor-



eingonnen der Lage stellen und in inhaltlicher Auseinandersetzung – quer durch und mit allen Flügeln – nach Möglichkeiten suchen, die Gesellschaft sozialer und gerechter zu gestalten und den Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zu behaupten, wird die PDS ihrer „historischen Aufgabe“ gerecht. Es kann also nicht darum gehen, den inneren Richtungsstreit per Dekret von oben auszusetzen – während die Konfliktlinien bestehen bleiben und die gemeinsame Programmatik einem Flickenteppich einander widersprechender Positionen gleicht. Einer der Gründe für die Krise in der PDS ist für mich, dass sich – mit groben Worten – Ideologen als Ideologen und Reformen als Reformen definieren bzw. diffamieren. Eine solche Funktionszuweisung ist so bequem wie

für die Partei als Ganzes gefährlich, weil damit der Pluralismus in den eigenen Reihen nicht produktiv wirken kann. Ohne gegenseitige Akzeptanz und den Willen zur Gemeinsamkeit wird die PDS nicht weiter kommen. Dazu gehört nicht weniger, als endlich die wechselseitigen Unterstellungen aufzugeben und selbst zur Veränderung bereit zu sein. Ein starkes Zentrum der Partei kann auch entstehen, wenn die Reformen eine „Re-Ideologisierung“ (W. Gehrcke) betreiben und die Ideologen ihre Kritik am „Reformismus“ mit eigenen Konzepten qualifizieren. Vielleicht stellt sich dabei heraus, dass unsere Partei ihre politischen Potenzen nur sorgsam vor der Öffentlichkeit verborgen hat.

Matthias Zarbock
Parteitag delegierter

Aus der Notlage

Nein zu Schröders Hütchenspiel



Die rot-rote Koalition mutet den BürgerInnen bei der Sanierung der maroden Berliner Finanzen einiges zu. Mittlerweile zeichnen sich jedoch einige Erfolge bei der Konsolidierung ab: Der Solidarpakt mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, der beschlossene Ausstieg aus der Wohnungsbauförderung sowie der Doppelhaushalt 2004/05. Im Jahr 2007 will Berlin erstmals ohne weitere Kredite zur Finanzierung der laufenden Aufgaben auskommen. Auf der Ausgabenseite hat die SPD-PDS-Koalition damit

ihre Hausaufgaben im wesentlichen gemacht.

Berlin wird sich allerdings in den nächsten Monaten dem größer werdenden Einnahmeproblem zuwenden müssen. Besonders gravierend ist die Ankündigung der Bundesregierung, die dritte Stufe der Steuerreform um ein Jahr auf 2004 vorzuziehen.

Für das Haushaltsnotlageland bedeutet dieses Vorziehen Mindereinnahmen von ca. 460 Mio. Euro. Das entspricht dem Gegenwert des Solidarpakts mit dem Beschäftigten des öffentlichen Diensts bzw. den jährlichen Zuweisungen an die Freie und Technische Universität. Die Steuergeschenke der Bundesregierung bedrohen deshalb die finanziellen Erfolge Berlins.

Die rot-grüne Bundesregierung setzt in zunehmendem Maße auf konjunkturpolitisch zweifelhafte Effekte. Sie hofft wohl, dass die BürgerInnen das finanzpolitische Hütchenspiel vorgeblicher Entlastungen und tatsächlicher Belastun-

gen bspw. durch die Privatisierung der Kosten des Zahnersatzes nicht durchschauen. So bringt die Steuerreform bei einem von Jahreseinkommen von 20.000 Euro gerade einmal 30 Euro im Monat. Zynisch ist dabei, dass die Bundesregierung einerseits Steuergeschenke auf Pump verteilt – davon über ein Viertel des Gesamtvolumens zur Entlastung von Besserverdienenden – und Länder und Gemeinden auf ihren Mindereinnahmen sitzen bleiben.

Wo aber soll Berlin 460 Mio. Euro einsparen? Bei den Zuweisungen an die Bezirke? Oder sollen etwa die Kita-Gebühren steigen? Dieser unseriösen Politik kann Berlin nur eine klare Absage erteilen. Ohne Kompensation der Einnahmeausfälle kann es keine Zustimmung im Bundesrat geben. Die Sanierung seiner Finanzen hat Berlin zu teuer erkauft, um sie bei Schröders Hütchenspiel zu verzooken.

Carl Wechselberg

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Erhalt ist auch ein Erfolg



Berlin spart, auch bei den Sozialhilfeempfängenden. Und Berlin gibt weiterhin viel Geld für die Berliner Bankgesellschaft, für das Tempodrom und für neue Bäume Unter den Linden aus. Manches erscheint auf den ersten Blick widersinnig. Dennoch: Angesichts der Umstände werden Berliner Sozialhilfeberechtigten in Zukunft nicht schlechter gestellt als im restlichen Bundesgebiet.

Berlin klagt wegen der Haushaltsnotlage beim Bundesverfassungsgericht auf Hilfe. Im Bereich der Sozialleistungen gilt dabei, dass die Klage nur dann erfolgreich sein kann, wenn sogenannte Ausstattungsvorsprünge abgebaut werden. Prüft man die Berliner Sozialausgaben vor diesem Hintergrund, sind Sparpotentiale erkennbar. Die Be-

kleidungspauschale lag in Berlin deutlich über der anderer Städte, einzige Ausnahme Frankfurt/Main. Berlin wird künftig für jede und jeden bedürftigen Erwachsenen 276 Euro bezahlen. Damit liegt es gleichauf mit Bremen und Hamburg und nicht am untersten Ende im Vergleich mit anderen Großstädten.

Die Angriffe auf den Sozialhaushalt durch SPD-Finanzsenator Sarazin erfolgten nach dem Prinzip: Es wird alles in Frage gestellt, was anderswo billiger zu haben ist oder gar nicht gibt. Insofern ist allein der unangetastete Bestand vieler Dinge ein Erfolg. Dazu gehören zum Beispiel die Beibehaltung des Sozialhilferegelsatzes und der Erhalt von Weihnachtsbeihilfe und des Landespflegegeldes. Mit den neuen Festlegungen liegt Berlin immer noch im mittleren Drittel. Die Stadt

leistet sich als einziges Bundesland den vollen Satz des Landespflegegeldes für Minderjährige. Zusammen mit Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern gehört Berlin zu den wenigen Bundesländern, die einen Nachteilsausgleich für Gehörlose zahlen.

Trotz all dieser Abwehrauseinandersetzungen konnten wir auch einen Akzent setzen: Mit der Fortschreibung der Mittel für Hilfe zur Arbeit (HzA) stellen wir sicher, dass auch 2004 Sozialhilfeempfängende für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Arbeit für Sozialhilfeempfängende ist der beste Weg für Berlin, Sozialhilfekosten zu sparen und den Betroffenen ein menschenwürdigeres Leben zu ermöglichen.

Dr. Petra Leuschner

Staatssekretärin
für Soziales

Feuilletonist, Kritiker und akribischer Spurensucher

Heinz Knobloch ist tot

„Ein Meister der kleinen Form“ wurde er genannt. Heinz Knobloch ist mit 77 Jahren vor wenigen Wochen gestorben. In Pankow lebte er viele Jahre und war mit diesem Bezirk nicht nur literarisch verbunden. Vielen Lesern der ehemaligen „Wochenpost“, für die er als Redakteur und Autor von 1953 bis 1991 tätig war, ist er durch seine präzisen und persönlich gehaltenen Feuilletons in Erinnerung. Über 1000 Zeitungsartikel und 50 Bücher wurden von ihm geschrieben - eine Schatzgrube kleiner Porträts über Literaten, engagierte Politiker, historische Zeitzeugen und Alltäglichkeiten der ehemaligen DDR. Zitat von ihm: „Drohung des Feuilletonisten: Ich werde euch noch die Zwischentöne beibringen!“ Die Zwischentöne lassen seine Gedan-

ken und Wesenszüge, die er mit dem Dargestellten teilen möchte, erkennen - und sie nehmen die Leser auf eine detail- und kenntnisreiche, akribisch recherchierte Reise in (Literatur)-geschichte und Berliner Zeitgeschichte mit. Es gibt nur wenige Berliner Schriftsteller, die Berlin aus so vielen unterschiedlichen Perspektiven betrachtet haben, wie Heinz Knobloch. Er brachte uns Menschen näher, die diese Stadt geprägt haben, wie Moses Mendelssohn und Mathilde Jacob, die Sekretärin Rosa Luxemburgs. Seine Vorbilder waren die großen Flaneure und Kulturkritiker Berlins, Alfred Polgar, Franz Hessel und Alfred Kerr.

Er rehabilitierte das Genre Feuilleton, das sich als literarische Fassung für eine bestimmte Art klei-

ner Begebenheiten herausgebildet hatte. Und er hat es vermocht, geschichtliches Wissen unauffällig und fast nebenher zu vermitteln. Als freundlicher, liebenswerter und bescheidener Mensch, der gerne aus seinen Büchern vorlas, ist er vielen Literaturinteressierten in Erinnerung. Mit seinem Tod geht etwas Unwiederbringliches verloren: Die literarische Fähigkeit, sich in den Jahrhunderten spielerisch mit der „kleinen Form“ zu bewegen, den Lesern etwas davon abzugeben und sich dennoch politisch zu engagieren.

Katharina Zoch

Lesetipp:

„Der leere Sockel am Rathaus Pankow“
(in: Das Lächeln der Zeitung, Halle 1975)



Ausstellung: Kunst in der DDR

Dreizehn Jahre nach dem Ende der DDR geschehen noch kleine Wunder. Fernab von Ostalgie und Ver-teufelung gelingt der Neuen Berliner Nationalgalerie ein unverkrampfter Blick zurück auf vierzig Jahre Kunst in der DDR. In der von Eugen Blume und Roland März konzipierten Ausstellung werden 400 Werke von 145 Künstlern der Gattungen Malerei, Grafik, Plastik, Fotografie und Film präsentiert. Den Ausstellungsmachern kam es vor allem darauf an, die Vielfalt der künstlerischen Handschriften, das Leben und Überleben von Künstlern in der DDR zu dokumentieren. Dabei werden die gängigen Klischees des sozialistischen Realismus, der Staats- oder Dissidentenkunst nicht bedient. Dafür steht die Individualität des Künstlers im Mittelpunkt der Ausstellung. Anhand typischer Werke werden die Auseinandersetzung mit Realität, Utopie und Geschichte, die Rezeption von vergangener und moderner Kunst, sowie die originäre Beschäftigung mit dem Gegenstand

nachvollziehbar gemacht. Alle wesentlichen Malschulen wie etwa die Leipziger, die Dresdner und die Berliner sind vertreten. Die starke Präsenz der Berliner Künstler fällt dabei ins Auge. Offenbar war eine späte Hommage an die hauptstädtische Schule, die selbst zu DDR-Zeiten eher im Hintergrund wirkte, gewollt. Die Palette der ausgestellten Künstler reicht von der Generation der „Stunde Null“ wie z.B. Hans Grundig, Fritz Cremer und Wilhelm Rudolph über Werner Tübke, Wolfgang Mattheuer und Roland Metzkes als Repräsentanten der mittleren Generation bis hin zu Trak Wendisch, Lutz Dammbeck und Walter Libuda, um nur wenige zu nennen. Der Pankower Künstler Robert Rehfeldt postulierte in den siebziger Jahren: „Mehr Kunst ins Getriebe“ – eine an Aktualität kaum zu überbietende Feststellung.

Das starke öffentliche Interesse an dieser Ausstellung war schon in den ersten Tagen bemerkenswert hoch. Man sollte die seltene Chance der Wiederbegegnung und Neuent-



deckung noch bis zum 26. Oktober von dienstags bis sonntags in der Zeit von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr nutzen.

Andreas Bossmann

Genossen, es entwickelt sich ...

Genossenschaft in Nöten



Die Bezirksverordnetenversammlung und der Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Wohnen waren gefordert, andere Möglichkeiten für die finanzielle Unterstützung der Modernisierung von Wohnungen zu erschließen. Wir alle wissen, dass es in diesem Bereich keine Fördertöpfe mehr gibt. Nur noch bis Jahresende können durch die veränderte Gesetzgebung Modernisierungsmaßnahmen an Mietwohnungsgebäuden in Sanierungs- oder Erhaltungssatzungsgebieten in den Genuss einer erhöhten Investitionszulage kommen.

Die neu gegründete Wohnungsgenossenschaft am Ostseeplatz möchte ihre Wohnungen im Karrée Ostseestraße, Mandelstraße, Schieritzstraße und Hosemannstraße modernisieren. Seit Jahrzehnten ist hier nichts mehr passiert. Die Grundrisse der Wohnungen sollen den heutigen Anforderungen entsprechend verändert werden. Bessere Elektro- und Wasserleitungen, eine höhere Fassadendämmung und

auch Balkone sind in der Planung vorgesehen. Für die Genossenschaft gibt es nur diesen Weg, mit Hilfe der Investitionszulage die nach Modernisierung entstehenden finanziellen Belastungen der Mitglieder günstiger zu gestalten. Das Problem ist, dass das Karrée nicht in einem Sanierungs- oder Erhaltungssatzungsgebiet liegt. Deswegen fließt die Investitionszulage nicht.

Die BVV beauftragte im letzten Jahr das Bezirksamt, eine solche Erhaltungssatzung zu beschließen. Die Zeit drängt: Am 2. Juli 2003, zur letzten Sitzung der BVV vor der Sommerpause, lag noch immer kein Ergebnis des Bezirksamtes vor. Die Abteilung Stadtentwicklung antwortete: „Die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Untersuchungen zu den Voraussetzungen und Auswirkungen des Erlasses einer Erhaltungsverordnung zum Schutz der städtebaulichen Eigenart ist im Bezirksamt noch nicht abgeschlossen.“ Im Stadtentwicklungsausschuss waren wir jedoch

der Auffassung, dass das städtebauliche Ensemble des gesamten Erhaltungssatzungsgebietes, das mehr als nur das Karrée der Genossenschaft umfasst, von besonderer stadthistorischer Bedeutung ist. Es sollte deshalb von wesentlichen Eingriffen geschützt werden. Die Notwendigkeit zum Erlass einer solchen Satzung ist also auf keinen Fall nur finanziell begründet.

Jetzt sagt das Amt: Wenn alles erhalten bleiben soll, können keine Fassaden verändert und schon gar keine Balkone angebracht werden. Die Genossenschaft ist verzweifelt. Die BVV beschloss am 2. Juli mehrheitlich, dass das Bezirksamt bis zum September, Erhaltungsziele für diese notwendige Satzung erarbeiten soll, die eine die nachträgliche Anbringung von Balkonen und die erforderliche Wärmedämmung berücksichtigen.

Die nächste Sitzung der BVV wird uns die Antwort dazu geben.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter

Nadelöhr Bahnhof Pankow

Mit der Eröffnung des U-Bahnhofs Pankow ist eine Verbesserung der Anbindung Pankows mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eingetreten. Große Hoffnungen verbinden sich auch mit dem Neubau der S-Bahn- und Fernbahnbrücken. Autofahrer erwarten, dass das gegenwärtige staubelastete Nadelöhr vor und unter der Brücke

verschwindet. Auch mit dem Bau eines Fahrradweges auf der Berliner Straße wird sich das Durchfahren des Knotenpunktes für Radfahrer wesentlich erleichtern.

Die mit den Bauarbeiten verbundenen Einschränkungen im S-Bahnverkehr sollen bis Mitte 2004 beendet sein. Dann fährt die S-Bahn wieder bis Birkenwerder durch. Die zwei neu entstehenden Stabbogenbrücken werden bis 2005 gebaut sein. Erst danach kann mit der Sanierung der Berliner Straße begonnen werden. 2008 sollen alle Arbeiten abgeschlossen sein.

Als Problem erweist sich das gefahrlose Umsteigen vom Bus in die Straßenbahn und umgekehrt. Aufgrund der fehlenden Breite der Berliner Straße ist eine kombinierte Haltestelle von Bus und Bahn wie am Rathaus Pankow nicht möglich. In die Debatte um den Standort der

Bus- und Bahnhaltstellen haben sich Gewerbetreibende eingeschaltet. Sie fordern, die Haltestellen an ihren ursprünglichen Standorten in Höhe des Zeitungskiosks stadteinwärts und an der Einmündung Hadlichstraße stadtauswärts zu belassen. Anderenfalls befürchten sie einen Rückgang des Kundenstroms.

Außerdem hat die gegenwärtige Haltestelle einen gravierenden Fehler: Nicht selten überspringen Fahrgäste die Absperrgitter vor dem Ausgang des U-Bahnhofes und setzen damit sich und andere der Unfallgefahr aus. Insofern unterstütze ich die Forderung der Gewerbetreibenden.

Fazit: Es wird wohl noch viel Wasser die Panke herunter fließen, bis in der Berliner Straße alles zum Besten steht.

Rudi Blom
Bezirksverordneter



Kurz notiert

Alltag im Bezirk

■ Studie über Sozialprojekte

Alle vom Bezirk geförderten Sozialprojekte wurden in den vergangenen Monaten erstmalig eingehend untersucht. Durch das Institut für angewandte Demographie wurde ermittelt, wie die Angebote angenommen und den Wünschen von Besuchern gerecht werden. Gegenstand der Prüfungen waren Bekanntheitsgrad, Angebotspalette, Ausstattung und Auslastung der Projekte sowie die Qualifikation der Mitarbeiter. Die Untersuchung kostete 24.000 Euro.

■ Die Bezirke in Berlin

„Ist Berlin einzigartig? Die Berliner Bezirke im Vergleich mit deutschen Städten und Gemeinden“ ist der Titel der zweiten Veranstaltung einer Reihe der Bezirksämter über die Frage, wie Berlin in Zukunft organisiert sein soll. Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) lädt ein am Dienstag, dem 26. August 2003 um 19 Uhr in das Rathaus Pankow, Breite Str. 24A-26.

Die Berliner Bezirke kämpfen gegen Zentralisierungsbestrebungen des Senats um mehr Selbstbestimmung und Verantwortung. Die zwölf Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister haben sich über die Parteigrenzen hinweg auf den Vorschlag der Charlottenburg-Wilmersdorfer Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen verständigt, mit Unterstützung von unabhängigen Wissenschaftlern der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege eine Veranstaltungsreihe in den Bezirken durchzuführen.

■ Staufalle beseitigt

Die Mühlenstraße in Französisch Buchholz wurde nach vollendetem Ausbau zwischen Rosenthaler Weg und Hauptstraße 24. Juli für den Verkehr frei gegeben. Dank einer neuen Ampelanlage entfällt für Fußgänger und Radfahrer der mit dem bisherigen Provisorium erforderliche Seitenwechsel. Durch die Freigabe der Trasse für den Fahr-

zeugverkehr in beiden Fahrtrichtungen wurde eine erhebliche Staustelle beseitigt.

■ Clubs auf einen Blick

Eine kostenlose Broschüre mit allen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in Pankow ist jetzt erschienen und kann bei der Jugendförderung, Danziger Straße 81 abgeholt werden. Die Publikation enthält von allen 70 Einrichtungen im Bezirk Adressen, Angebote, Ansprechpartner, Zielgruppen und Öffnungszeiten. Unterstützt wurde die Herausgabe des Heftes von den Projekten und Einrichtungen.

■ Neubau HELIOS-Klinikum

Mit einer Teilbaugenehmigung für eines der größten privat finanzierten Bauvorhaben unserer Stadt mit einem Volumen von etwa 200 Millionen Euro wurde Ende Juni der Weg frei für den Bau eines 1.000-Bettenhauses des HELIOS-Klinikum am Gesundheits- und Wissenschaftsstandort Buch.



Gedanken zum Programmwurf

In der PDS Weißensee führten wir in den letzten zwei Jahren mehrere Veranstaltungen zum ersten Entwurf und in diesem Jahr zum überarbeiteten Programmwurf durch. Das Fazit dieser Debatten ist: Wir brauchen ein neues Programm. Betont wird, dass es den gegenwärtigen gesellschaftlichen Realitäten entspricht. Es dient nicht nur der innerparteilichen Selbstverständigung, sondern spricht weite Kreise unserer Wähler an. Der demokratisch-sozialistische Charakter wird erkennbar und damit auch der Unterschied zu allen anderen Parteien des Landes.

Nach den unzähligen und manchmal besserwisserischen Diskussionen, welche die Programmdebatte überfrachteten und beinahe zur Erstarrung gebracht hatten, erwarten alle Genossinnen und Genossen, dass der Chemnitzer Parteitag den

abermals überarbeiteten Entwurf endlich beschliesst.

Bevor ich begonnen habe, diese Gedanken aufzuschreiben, habe ich den Entwurf vom Februar diesen Jahres noch einmal durchgelesen. Wenn ich mir nun die Fülle der Probleme in den zahlreichen miterlebten Diskussionen und Gesprächen vergegenwärtige, stelle ich erstaunlicherweise und auch mit Genugtuung fest, sie tangieren allesamt diesen Entwurf. Ich wünschte, dass manche scharfe Kritikerin oder manch scharfer Kritiker sich der Mühe unterzieht, aufmerksam und gründlich nachzulesen, was geschrieben steht. Wenn man dazu nur gewillt und halbwegs bereit ist, wird er oder sie sich angemessen wiederfinden. Ein Ketzer, dem dazu auch noch das diesbezügliche geflügelte Bibelwort einfällt. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang über-

legenswert, ob es überhaupt ein Programm in der Geschichte des Sozialismus gab und gibt, das ohne Fehler wäre. Selbst das Großartigste unter ihnen kann davon nicht ausgenommen werden. So wird es auch mit dem neuen Programm der PDS sein. Selbst wenn wir noch ein paar Jahre diskutierten, damit noch mehr zerreden und Unmut erzeugen: Es gibt keine Unfehlbarkeit, sowie es keine Unbesiegbarkeit gibt. Der schöpferische Zweifel ist zu allen Zeiten angesagt. Am hilfreichsten, jeder beginne mit sich selber. Nicht ausdenken, gäbe es in dieser Partei keine Rechthaberei und auch keine Profilierungssucht oder keinen Hochmut mehr. Diese Gesellschaft ist schon voll genug davon.

Es wäre schön, fänden wir auch hier einen Durchbruch.

*Gerhard Ludwig
BO 7 Weißensee*



Das Letzte

Aufstand der Gartenzwerge



Das „Milchhäuschen“ am Weißen See stand schon in den späten achtziger Jahren leer und verfiel – sehr zum Verdruß der angestammten Bevölkerung. Ihrem Wunsch folgend gab es Anfang und Mitte der neunziger Jahre zwei Versuche zur Wiederbelebung der Gaststätte, die jedoch scheiterten. Warum das so war, läßt sich im Nachhinein durch die jetzige Bezirksverordnetenversammlung nur schlecht herausbekommen, denn mit Vorgängen von öffentlichem Interesse scheint sich die alte BVV in Weißensee (nach Aktenlage) nur selten und eher sporadisch befaßt zu haben. Im Sommer 1997 hatte das damalige Bezirksamt laut einer Antwort auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Verordneten Hesse jedenfalls den Abriß und für 1998/99 die Errichtung eines „historischen Pavillons“ beschlossen, die Terrasse sollte „eine größere Pflanzfläche“ erhalten.

Entweder war der Abriß der Ruine zu teuer oder der befürchtete Unmut in der Bevölkerung zu groß, jedenfalls wurde das „Milchhäuschen“ 1999 an Oswald Wa-

chenbrönnner verpachtet. Der investierte knapp 1 Million DM aus eigener Tasche, die gegen den Pachtzins aufgerechnet wurde, wertete so den Park am Weißen See durch ein gutes gastronomisches Angebot der Mittelklasse auf und konnte sich bald vor Gästen nicht mehr retten. Um seine Dienstleitung ganzjährig zu wirtschaftlichen Bedingungen anbieten zu können, plante Wachenbrönnner ab 2001 den behindertengerechten Umbau und die Erweiterung des Lokals für weitere 800.000 Euro, wofür er die Unterstützung der IHK, des Hotel- und Gaststättenverbandes, des Wirtschafts senates und des Runden Tisches Tourismus fand. Nicht jedoch der Gartenzwerge aus dem Pankower Amt für Umwelt und Naturschutz (AUN). Diese verlangten im Februar 2003 (!) allen Ernstes, daß er den Weg von der Parkstraße zum Weißen See quasi mit in Erbpacht nehmen solle, in dem er für seine Verkehrssicherheit sorgen sollte, bis hin zum Strom für eine beleuchtete Hausnummer in der Parkstraße. Daß diese befestigte Zufahrt zum Park häufiger von den Fahrzeugen

des AUN als vom Lieferverkehr des „Milchhäuschens“ genutzt wird, spielt weiter keine Rolle. Und als Wachenbrönnner sich durch einen Kompromiß – archaisches Wegegeld – aus dieser Schlinge befreit hatte, wurde dem Landesrechnungshof Berlin im Mai 2003 nahegebracht, das mittlerweile – von Wachenbrönnner – sanierte Gebäude könne doch nicht nichts wert sein. Was zu der absurden Situation führt, das ein privat renoviertes Gebäude in öffentlichem Besitz durch diese Wertsteigerung demjenigen, der es renoviert hat, nur um den Preis eben dieser Wertsteigerung überlassen werden könnte.

Wachenbrönnner will durch die Erweiterung des Geschäftes sieben Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Die Öffentliche Hand wäre eine Ruine los. Die Bürger Weißensees bekämen ein attraktives Speiserestaurant. Notwendiger Weise setzt dies privaten Profit voraus. Und die Erkenntnis, daß es selbst im Botanischen Garten der Berliner Universität zwei Gaststätten gibt.

Wolfram Kempe
Bürgerdeputierter

WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 23. August
11 bis 20 Uhr „Frieden für die ganze Welt!“ – Friedensfest der PDS Berlin Drei auf dem Caligariplatz (Weißenseer Spitze) | 1. September
19.30 Uhr Bezirksvorstand im PDS-Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 17. September
17.30 Uhr 17. BVV im BVV-Saal, Fröbelstraße 17 |
| 25. August
19.30 Uhr Bezirksvorstand im PDS-Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 3. September
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee im PDS-Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße | 18. September
18 Uhr Basistag im PDS-Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 28. August
18.30 Uhr AG Schule bei der BVV-Fraktion der PDS im Fraktionszimmer, Fröbelstraße 17 | 4. September
19 Uhr „P100“ – Treffen der 100 jüngsten Mitglieder der PDS Berlin Drei im PDS-Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 20. September
ab 14 Uhr 6. Fête du Mauerpark, Veranstaltung der PDS Berlin Drei und von [‘solid], im Mauerpark, Schwedter-/Eberswalder Straße |
| 31. August
11.45 bis 15.30 Uhr Friedenstour der PDS Berlin Radtour durch Berlin von Wilmerdorf nach Schöneweide zu den Stätten der Zwangsarbeit während der Zeit des Faschismus | 6. September
11 bis 17 Uhr „Konvoi Agenda Sozial“ vom Pankower Anger über Tegel nach Norden entlang der B96 / B96a Protest gegen die „Reformen“ der Bundesregierung „Agenda 2010“ und Gesundheitsreform – Für eine Agenda Sozial | 21. September
10 Uhr 4. Tagung des 8. Landesparteitages, Herzbergstraße 84 in Lichtenberg |
| | | 22. September
19.30 Uhr Bezirksvorstand im PDS-Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 12. August 2003
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.